

# Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleitung: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden,  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Zeitungspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.— M., Einzelnummer 8.— M., Sonntagsnummer 10.— M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komposition 25.— M., die 8spaltige Komposition 30.— M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Eides- und Wiedergabe 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen für Preisverträge. 8 M.

Nr. 251

Dresden, Donnerstag den 26. Oktober 1922

33. Jahrg.

## Gegen die Wirtschaftsananarchie!

### Die Forderungen der Sozialdemokratie — Erfassung der Nahrungsmittel — Verschärfung der Devisenkontrolle — Eine wertbeständige Anlage — Gegen die Luxuseinfuhr

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Reichsregierung über Maßnahmen, die geeignet sind, den fortschreitenden Währungsverfall einzudämmen, sind am Mittwoch nachmittags fortgesetzt worden. Als Grundlage für diese Verhandlungen dienen die Beschlüsse, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung gefaßt hat.

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist nach unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stärkung der Mark. Zu diesem Zweck ist ein Devisenfonds bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Zeit stärkster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist leider nur deshalb nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung anderweitige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Ressorts so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fall der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungsaktion auch die Devisenkontrolle verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wilden Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (eventuell in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungsfortium), und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungspflichtigkeiten abgegeben werden.

Andererseits muß den eine wertbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel suchenden Kapitalbesitzern Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen. Ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern, als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Kräftigung der notwendigen Stützungsaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspolitischen sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuererleichterung beschnitten und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurwertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Luxuseinfuhr durch Zollserhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbrauchs eine Verringerung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf auch unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinkbranntwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennereizwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstage einen Antrag auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Überzeugung ist, daß der „Gegen der freien Wirtschaft“ zur Aushungerung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für

Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gesteigerten Kohlenlieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz wesentlich beeinflusst ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die noch nicht beendet wurden, sollen am Donnerstag in Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt werden. Je nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der kurzen Ferien zusammenzutreten wird, um ihrerseits die sich aus der Lage ergebenden Schritte zu beschließen.

Die sozialdemokratische Partei hat mit aller Kraft den Kampf gegen das Währungslebens aufgenommen, das so schwer auf den Massen lastet. Die bürgerlichen Parteien sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die zur Festigung

bestehenden Regierungsverhältnisse unvermeidlich werden. Ist das Parteifaktum? Ist es Parteifaktum, wenn die Sozialdemokratie für das Volk eintritt und positive Maßnahmen fordert, oder ist es Parteifaktum, wenn, wie die bürgerlichen Parteien das bis heute getan haben, alles gegen die Not des Volkes unterlassen wird, dagegen eifrig für die Interessen derjenigen Kreise eintreten, die durch positive Maßnahmen um ihre Spekulationsgewinne gebracht werden?

Diejenigen, die uns heute parteifaktive Momente vorwerfen, könnten dem Volke einen Dienst erweisen, wenn sie sich ernsthaft mit den Forderungen der Sozialdemokratie, die in ihrer Tendenz bekannt sind, beschäftigen und sie in Ermangelung eigener Schritte und Wege empfehlen würden. Das würde dem Volke sicherlich wertvoller sein, als der Vorwurf der Parteifaktualität gegen die Sozialdemokratie von Leuten, die sich seit Monaten ausschließlich von parteifaktiven Momenten leiten lassen.

### Die Spiritusknappheit

Die Genossen Eppert und Pusch haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

„Deutschland braucht für gewerbliche, insbesondere technische Zwecke, rund 1 1/2 Millionen Hektoliter Spiritus. Da die Kartoffelbrennereien zur Sicherung der Volksernährung eingeschränkt bleiben müssen und der größte Teil der Maisbrennereien trotz der Einfuhr von rund 8 Millionen Doppelzentner Mais in den Monaten Juni, Juli und August aus Spekulationsgründen den Betrieb eingestellt hat, herrscht eine große Spiritusknappheit. Der Bedarf an gewerblichem Spiritus kann jetzt nur noch mit großen Schwierigkeiten gedeckt werden.“

Ist der Reichsregierung bekannt, daß noch große Mengen Sulfatfabriken der Zellulosefabriken, aus denen noch mindestens 300 000 Hektoliter Spiritus gewonnen werden können, unausgenutzt in die Hände geleitet werden?

Mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen könnten schon in der allerersten Zeit mindestens 60 000 Hektoliter gewerblicher Spiritus davon erfaßt werden. Diese 60 000 Hektoliter würden bei dem jetzigen Preis von 12 000 M. pro Hektoliter Sulfatspiritus 720 Millionen Mark kosten. Derselbe Menge aus Mais gewonnen, würde bei dem jetzt geforderten Preis von 60 000 M. pro Hektoliter Maisspiritus dem Reich 3 Milliarden 600 Millionen Mark, und zwar in Devisen, kosten.

Was gedenkt die Reichsregierung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu tun, um bei allen Zellulosefabriken, wo die Vorbedingungen gegeben sind, die Ausnutzung dieser Anlagen durchzuführen?

## Bürgerliche Jugend

### Aus dem Reiche eines volksparteilichen Kultusministers

Das preussische Kultusministerium ist in den Händen des Volksparteilers Dr. Voelky. Auf Preussens höchsten Schulen haben ganze Klassen die Ermordung Rathenaus erlernt, ehe noch die furchtbare Tat gekchehen war. Gegen diese Verwilderung auf höheren Schulen, wie sie vor dem Staatsgericht in Leipzig im Falle des Schillers Stube-  
rauch festgestellt wurde, wandte sich eine große Anfrage, die die Sozialdemokraten im Preussischen Landtag eingebracht hatten und die gestern verhandelt wurde. Der Bericht merkt darüber:

Genosse Dr. Wegscheider befragte, der Fall Stube-  
rauch sei nur ein Teilfall einer unheimlichen Erscheinung unserer höheren Schulen, an denen die Reaktion sich seit im Sattel fühle. Auf dem Lyzeum Wilhelmsherg seien seit 1922 schmerzvolle Vorfälle für Schülermorde eingetreten worden. Kinder mit schwachprognostischen Kindern würden als „Kulturüberwäger“ beschimpft. Auf dem Gymnasium in Stargard sei ein Primaner enterniert worden, weil er sich zum Kommunismus bekannt habe. Der Primaner Stube-  
rauch aber, der der Beteiligung am Rathenau-Mord verdächtigt war, habe nach seiner Rückkehr aus der Untersuchungsanstalt ruhig die Prima weiter besuchen können. Die Politisierung der Jugend werde von außen her gefördernd gefördert, vor allem durch die verschiedenen nationalen Jugendverbände. Minister Voelky tritt nicht mit dem nötigen Nachdruck für den republikanischen Gedanken ein. Die Schulverwaltungen müßten aber endlich Klarheit über die wirkliche Stellung des Ministers haben. Herr Minister, zeigen Sie endlich den energischen Willen, der politischen Frage an den Schulen ein Ende zu machen. — (Unruhe rechts. — Beifall links.)

Nach dem deutschnationalen Weg, Welge nimmt dann der Kultusminister Dr. Voelky das Wort: Seit dem Preserch der dem Staatsgerichtshof — so erkläre er — hat Stube-  
rauch die Schule nicht mehr besucht. Man von der Antwort zu verstehen, solange er sich in Untersuchungshaft befinde, lag kein Anlaß vor, ein Schüler, der Mordepilane fasst oder auch nur äußert, kann selbstverständlich nicht länger auf der Schule bleiben, auch wenn er strafrechtlich nicht zu fassen ist. Ebenso deutlich muß aber festgestellt werden, daß der bloße Verdacht einer solchen Handlung noch keine ausreichende Unterlage zur Verurteilung von der Anstalt ist.

Andererseits sind in der Behandlung dieser Angelegenheit zweifelslos vom Direktor und vom Provinzialschulinspektor Hecker gemacht worden.

Gegen beide Stellen wird mit allem Nachdruck Misbilligend eingestritten werden. — Der Minister beschäftigt sich dann mit den Erklärungen des Zentrumsgesandten Lehmann, der sich im Reichstag scharf gegen die moralische Verantwortung höherer Schüler wandte. Voelky betonte, daß das Schüler-Verhalten auf einem Unfug ausgeartet sei. Seit dem Tode vom 11. März

## Der Kartoffelwucher

Trotz glänzender Kartoffelernte steigen die Kartoffelpreise von Tag zu Tag; auch ein Erfolg der von den bürgerlichen Parteien so viel gepriesenen freien Wirtschaft. Schon vor einigen Tagen hat das sächsische Wirtschaftsministerium von dem Reichsernährungsministerium gefordert, daß energische Maßnahmen gegen die Zurückhaltung der Kartoffeln zum Zwecke der Preistreibererei getroffen werden. Offenlich finden diese Maßnahmen bei dem bürgerlichen Reichsernährungsminister nicht wieder taube Ohren. Es stände heute um unser Volk besser, wenn die in ihrer Mehrheit bürgerliche Reichsregierung schon früher die Vorschläge der sächsischen Regierung zur Sicherung der Volksernährung mehr beachtet hätte.

unser Währung notwendigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Linke Parteigenossen werden bei ihrem Kampf gegen die Not des deutschen Volkes um so eher Erfolge erzielen, je mehr die Machtstellung der Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten gefestigt ist. Deshalb hängt für das ganze deutsche Volk so viel von den sächsischen Wahlen ab.

### Die „Sehnacht nach Erholungsurlaub“

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitete Aktion gegen die Währungsnotlage findet, so wird aus Berlin geschrieben, in der bürgerlichen Presse durch die ungleiche Beurteilung, die mehr als irreführend ist. Man behauptet u. a., daß die Sozialdemokratie Sehnacht nach einem „Erholungsurlaub“ den Winter hindurch hat, um im Frühjahr wieder in die Regierung einzutreten und daß sie zu diesem Zweck parteifaktive Momente in den Vordergrund schiebe, die ideologisch das Kabinett Bierl unmöglich machen sollen.

Gerade die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war bisher die stärkste Stütze der Regierung. Und sie wird nach wie vor diese Stütze bleiben, wenn sich die Regierung Bierl, den Bedürfnissen des wehrfähigen Volkes entsprechend, von gestern, wie es im Augenblick nur zu, zu Taten aufreißt. Wir haben kein Programm mit positiven Forderungen an die Sozialdemokratie, die den Kampf aufgestellt, um dann aus der Regierung zu verschwinden, nein, wir haben ein Programm fixiert, das durchzuführen wir mit dem Reichsministerium Bierl bereit sind. Letzten Endes kann es aber nur weiter geben: Entweder die Sozialdemokratie als einzige Partei von allen deutschen Parteien, die die gesamte Regierung zu positiven Maßnahmen und sie bedient sich dabei der Vorschläge, die die Sozialdemokratie als einzige Partei von allen deutschen Parteien bisher gemacht hat, oder aber: sie unterläßt das, was die Not des Volkes dringend erfordert, tut nichts, wie es die bürgerlichen Parteien scheinbar wünschen, und dann muß man sich damit abfinden, daß Überhebungen in dem